

Deutschland – Umweltüberwachung im Bau – Ökologische Baubegleitung (ÖBB) der
Fahrrinnenanpassung in der Unteren Havel-Wasserstraße UHW km 32,61 bis km 54,25 -
Flusshavel

OJ S 49/2024 08/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

E-Mail: wna-berlin@wsv.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ökologische Baubegleitung (ÖBB) der Fahrrinnenanpassung in der Unteren Havel-
Wasserstraße UHW km 32,61 bis km 54,25 - Flusshavel

Beschreibung: - Begleitung und Überwachung des Bauablaufs hinsichtlich umweltfachlicher
Aspekte (insbesondere Natur- und Artenschutz) zur Sicherung einer zulassungs- und
umweltrechtskonformen Baudurchführung - Vermeiden von Haftungsschäden nach dem
Umweltschadengesetz bei der Baudurchführung - Vermeiden von Umweltschäden und der
dadurch entstehenden Kosten und Zeitverzögerungen - Vermeiden von Störungen im
Bauablauf durch rechtzeitiges Hinweisen auf Fristen, Auflagen und geeignete Maßnahmen -
Beweissicherung und Dokumentation - Artenschutzrelevante Maßnahmen sind gemäß
Planfeststellungsbeschluss von ausgewiesenen Experten zu begleiten bzw. umzusetzen
Kennung des Verfahrens: 68e8d4ee-cfe8-4f54-aa81-0cbfa9948e9d

Interne Kennung: WNAB-SB5-02-2024-VgV-B

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71313450 Umweltüberwachung im Bau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71700000 Kontroll- und Überwachungsleistungen, 90721000

Dienstleistungen im Bereich Umweltsicherheit, 90721100 Landschaftsschutz, 90721700

Schutz gefährdeter Arten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Untere Havel-Wasserstraße UHW km 32,61 bis km 54,25 -
Flusshavel

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 450 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. **Ausschlussgründe**

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §123 bis §126 GWB

5. Los

5.1. **Los: LOT-0001**

Titel: Ökologische Baubegleitung (ÖBB) der Fahrrinnenanpassung in der Unteren Havel-Wasserstraße UHW km 32,61 bis km 54,25 - Flusshavel

Beschreibung: - Begleitung und Überwachung des Bauablaufs hinsichtlich umweltfachlicher Aspekte (insbesondere Natur- und Artenschutz) zur Sicherung einer zulassungs- und umweltrechtskonformen Baudurchführung - Vermeiden von Haftungsschäden nach dem Umweltschadengesetz bei der Baudurchführung - Vermeiden von Umweltschäden und der dadurch entstehenden Kosten und Zeitverzögerungen - Vermeiden von Störungen im Bauablauf durch rechtzeitiges Hinweisen auf Fristen, Auflagen und geeignete Maßnahmen - Beweissicherung und Dokumentation - Artenschutzrelevante Maßnahmen sind gemäß Planfeststellungsbeschluss von ausgewiesenen Experten zu begleiten bzw. umzusetzen
Interne Kennung: WNAB-SB5-02-2024-VgV-B

5.1.1. **Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71313450 Umweltüberwachung im Bau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71700000 Kontroll- und Überwachungsleistungen, 90721000

Dienstleistungen im Bereich Umweltsicherheit, 90721100 Landschaftsschutz, 90721700

Schutz gefährdeter Arten

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beauftragung der ÖBB erfolgt zunächst nur für Baulos 1, Beauftragung der ÖBB für weitere 2 Baulose erfolgt stufenweise.

5.1.2. **Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Untere Havel-Wasserstraße UHW km 32,61 bis km 54,25 - Flusshavel

5.1.3. **Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 84 Monate

5.1.5. **Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 450 000,00 EUR

5.1.6. **Allgemeine Informationen**

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1 Erklärung nach § 124 Abs.1 Nr. 4 GWB: Verknüpfung mit anderen Unternehmern. - Angabe, ob und ggf. auf welche Art der Bewerber/Bieter mit anderen Unternehmen wirtschaftlich verknüpft ist - Angabe ob und ggf. auf welche Art der Bewerber/Bieter auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet 2 Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder Zertifizierung, die den Anforderungen aus Artikel 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen - z.B. Präqualifikation (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) 3 Auskunft nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen: - Angabe von Name, Fachgebiet, Leistungsabschnitt/Teilleistung 4 Erklärung entsprechend § 123 GWB bezogen auf die letzten fünf Jahre. Angabe, dass kein zwingender Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Erklärung, dass weder der Bewerber/Bieter noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden ist und dass gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), - Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB) - Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB) oder Anstiftung oder Beihilfe zur Terrorismusfinanzierung (§ 26 bzw. § 27 i. V. m. § 89c StGB), - Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden (sollen), eine schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen, - Geldwäsche (§ 261 StGB), - Betrug (§ 263 StGB) und Subventionsbetrug (§ 264 StGB), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch i. V. m. § 335a StGB (ausländische und internationale Beschäftigte), - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung), - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB). Bestätigung, dass eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse vorgelegt wird. 5.1 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 1, 3 bis 9 und Absatz 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre. Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Erklärung, dass weder der Bewerber/Bieter noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat. Erklärung dass weder der Bewerber/Bieter noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Diebstahl (§ 242 StGB), - Unterschlagung (§ 246 StGB), - Erpressung (§ 253 StGB), - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB), - Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB), - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), - Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), - Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), - Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), - Brandstiftung (§ 306 StGB), - Baugeschädigung (§ 319 StGB), - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), - unerlaubter Umgang mit gefähr-

lichen Abfällen (§ 326 StGB), - illegale Ausländerbeschäftigung (§ 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 SGB III), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Erklärung dass, sofern nachfolgend nicht anders angegeben, nicht - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder - gem. § 21 Arbeitnehmerentendegesetz - gem. § 98c Aufenthaltsgesetz - gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden zu sein. Abweichend von der obigen Erklärung, Angabe des Grundes, warum der Bewerber/Bieter mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Erklärung, dass - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, - kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte, - keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens einbezogen war bzw. eine denkbare Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren beseitigt werden kann, - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und dass es in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, und c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen

5.2 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre. Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: - Das Unternehmen ist zahlungsunfähig. - Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren wurde eröffnet. - Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt. - Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren wurde beantragt. - Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt. - Das Unternehmen hat seine Tätigkeit eingestellt. - Das Unternehmen befindet sich in Liquidation. Erklärung, dass ein Insolvenzplan auf Verlangen vorgelegt wird, falls dieser rechtskräftig bestätigt wurde.

6 Erklärung nach § 45 Absatz 1 Nr. 3 VgV, dass entsprechend den Vorgaben der Bekanntmachung, - eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen oder dass im Auftragsfall vor Zuschlagserteilung entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

7.1 Erklärung nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 VgV über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind: - Angabe der Geschäftsjahre und Umsatz in Euro

7.2 Erklärung nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 VgV über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren über den nachfolgend genannten konkreten, in der Bekanntmachung definierten Tätigkeitsbereich des Auftrags, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind: - Angabe der Tätigkeitsbereiche, jeweils mit Geschäftsjahren und Umsatz in Euro

8 Nachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV über die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens, sofern diese Nachweise nicht als Zuschlagskriterium bewertet werden: - Angabe von Name/n, jeweils mit Befähigung / Anlage 9 Der Nachweis nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV wird erbracht, indem der Bewerber/Bieter erklärt, in den letzten

3 Jahren Leistungen erbracht zu haben, die der zu vergebenden Leistung vergleichbar ist. Nachweis der in der Bekanntmachung geforderten Mindestanzahl an geeigneten Referenzen über abgeschlossene Leistungen mit Angabe des Rechnungswerts, der Leistungszeit sowie unter Nennung des öffentlichen/privaten Auftraggebers. 10 Erklärung nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV zum jährliche Mittel der Beschäftigten und der Anzahl der Führungskräfte: - Angabe zu Beschäftigten im 1.Jahr/ 2.Jahr/3.Jahr und Führungskräften im 1.Jahr/2.Jahr/3.Jahr 13 Erklärung nach § 44 Absatz 1 VgV bezüglich der Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes: - zu Eintragung des Bewerbers/Bieters im Berufs-/Handelsregister Die Eigenerklärung einschließlich aller Anlagen ist Bestandteil des Teilnahmewettbewerbs.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Beschreibung: Anforderungen, die zur Erreichung der jeweiligen Punktzahl erfüllt werden müssen: 5 Punkte: Umsatz brutto \geq 300.000 €/a 4 Punkte: Umsatz brutto \geq 200.000 €/a 3 Punkte: Umsatz brutto \geq 100.000 €/a 2 Punkte: Umsatz brutto \geq 70.000 €/a 1 Punkt: Umsatz brutto \geq 40.000 €/a

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen mit vergleichbaren Leistungen in den letzten 3 Jahren mit Angabe der Leistungszeit, des Rechnungswertes und des AG. Keine Referenz = Ausschluss

Beschreibung: Anforderungen, die zur Erreichung der jeweiligen Punktzahl erfüllt werden müssen: 5 Punkte: die höchste Anzahl an Referenzen im Vergleich zu allen Bewerbern 4 Punkte: entsprechend nach Abstufung 3 Punkte: entsprechend nach Abstufung 2 Punkte: entsprechend nach Abstufung 1 Punkt: entsprechend nach Abstufung Keine Referenz = Ausschluss

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 55

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Jährlicher Gesamtumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren.

Beschreibung: Anforderungen, die zur Erreichung der jeweiligen Punktzahl erfüllt werden müssen: 5 Punkte: Umsatz brutto \geq 1.000.000 €/a 4 Punkte: Umsatz brutto \geq 800.000 €/a 3 Punkte: Umsatz brutto \geq 600.000 €/a 2 Punkte: Umsatz brutto \geq 400.000 €/a 1 Punkt: Umsatz brutto \geq 200.000 €/a

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Expertise

Beschreibung: Nachweis der Expertise der Experten des Artenschutzes (mind. 3-jährige Erfahrung/ Qualifikationen). Kein Nachweis = Ausschluss

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=580607>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/04/2024 23:59:00 (UTC+2)

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: siehe Vergabeunterlagen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 (3)

Nr. 1 bis 4 GWB nur zulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß

gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichen des Nachprüfungsantrags

erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen gerügt hat, 2.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Auftragsbekanntmachung erkennbar

sind, spätestens bis Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt worden sind, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Organisation, die Angebote bearbeitet: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Registrierungsnummer: 204:991-07728-53

Postanschrift: Mehringdamm 129

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10965

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: wna-berlin@wsv.bund.de

Telefon: +49 30 69580401

Internetadresse: <http://www.wsv.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 228 9499421

Fax: +49 228 9499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 090f3651-f012-4733-8b6a-d65d7f734944 - 12

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/03/2024 09:17:31 (UTC+1)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 143215-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 49/2024

Datum der Veröffentlichung: 08/03/2024